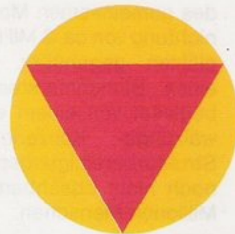
# DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. 1/89

## An der Schwelle des Neuen Jahres.

An der Schwelle des Neuen Jahres 1989 dankt der Landesvorstand den Kameradinnen und Kameraden, Freundinnen und Freunden in den Bündnissen, kurz allen Antifaschisten für die Zusammenarbeit im Jahr 1988. An der Schwelle des Neuen Jahres schauen wir auf die Erfolge im alten Jahr mit den eindrucksvollen, bundesweiten Aktivitäten zum 50. Jahrestag der Reichsprogromnacht. Die Frauen und Männer aller Generationen wurden nicht nur mit den z. B. im Bremer Katalog angekündigten Veranstaltungen motiviert, sondern auch durch die antifaschistischen Stunden in den Schulen, sowie mit den alternativen Stadtrundgängen, die von immer mehr jüngeren KameradInnen durchgeführt werden. Die Schultüren auf für die antifaschistische Aufklärung über den Krieg der Nazis gegen das eigene Volk, sowie über den Völkermord, dafür danken wir dem Senat und besonders den Senatoren H. W. Franke und V. Kröning, die den Gang durch die Stadt zum Gedenken an die Demütigung der 160 jüdischen Männer am 10.11.38 mit Wortbeiträgen begleiteten.

Der 50. Jahrestag der Reichsprogromnacht war wieder ein Höhepunkt antifaschistischen Handelns, das dazu beigetragen hat, in der Öffentlichkeit das Bewußtsein zu stärken, diese Nacht war ein weiterer Schritt zum letzten Weltkrieg. Die Aktivitäten zum 9. November haben den Willen zum Einsatz für den Frieden gestärkt. Und:

„Der Wille zum Frieden und die Erkenntnis, daß man den Regierenden in Schicksalsfragen die Entscheidung nicht allein überlassen darf, führt dazu, daß immer mehr Menschen die Sache des Friedens selbst in die Hand nehmen. Das Verständnis für den Zusammenhang eigener und globaler Probleme nimmt zu, von der Sicherung der Arbeitsplätze bis zur Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt, von der Gleichberechtigung der Frau bis zum Schutz der Umwelt. Die Jugend entwikkelt eigene Initiativen, um ihren Zukunftsanspruch geltend zu machen." So charakterisierte unsere O.- und A.-Programm die Entwicklung. Damit sie nicht abreißt, dafür haben wir uns verpflichtet.

*Willy Hundertmark*

## VVN-BdA Landesmitgliederversammlung

**17. Januar 1988**

**20.00 Uhr AWO-Begegnungsstätte Haferkamp**

**„Ziele und Aufgaben der bundesweiten Aktionskonferenz"**

**Aufgabenstellung für die VVN-BdA**

## Die Kandidatur neofaschistischer Organisationen zu den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP)

Am 28./29. Januar 1989 wird eine bundesweite Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus stattfinden. Auslöser für diese Konferenz ist die geplante Kandidatur der DVU-Liste D und anderer neofaschistischer Organisationen zu den Wahlen zum EP. Das Bremer Bündnis „Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus" hat auf Grund der Erfahrungen im Bürgerschaftswahlkampf mit der Auseinandersetzung mit neofaschistischen Gruppen die Initiative zu dieser Konferenz ergriffen.

Wird mit dieser Aktionskonferenz neofaschistischen Organisationen nicht eine Aufwertung zuteil, die ihnen von ihrem realen politischen Gewicht gar nicht zukommt? Worin liegt die Bedeutung / Gefahr des Neofaschismus in der heutigen Zeit und die Aufgabe einer solchen Aktionskonferenz?

1. Vordergründig einleuchtendes Argument für die notwendige Auseinandersetzung mit diesen Wahlen zum EP ist die erfahrungsgemäße geringe Wahlbeteiligung. Diese allgemein geringe Wahlbeteiligung erhöht die Chance für neofaschistische Gruppen, einen relativ höheren prozentualen Stimmenanteil zu erringen, wenn es ihnen gelingt ein rechtsextrem eingestelltes Wählerpotential zu mobilisieren.

2. Für neofaschistische Organisationen ist es bei diesen Wahlen darüberhinaus einfacher, für sich Stimmung zu machen. Das Interesse der Menschen an der EG ist in der Bundesrepublik zunehmend ablehnend. Diese tendenzielle Ablehnung der EG hat sich im vergangenen Jahr laut einer Umfrage der EG Kommission rapide verstärkt. Danach hielten nur noch 49 % der Bundesbürger die EG Mitgliedschaft der Bundesrepublik für eine gute Sache. Im Herbst 1987 waren es noch 62 %. Der Anteil der Bundesbürger, die die EG Mitgliedschaft als schlecht ansehen, hat sich sogar von 5 auf 11 Prozent mehr als verdoppelt. Mit der Losung „Erst Deutschland — dann Europa" versuchen die DVU-Liste D und andere, sich dieses Stimmungstief nutzbar zu machen.

3. Neofaschistiche Organisationen können diese Ablehnung darüberhinaus für sich nutzbar machen, weil die EG im allgemeinen öffentlichen Bewußtsein sehr stark bekannt ist über negative Auswüchse (Butterberge, Lebensmittelvernichtungsaktionen, Bauernsterben, etc.).

4. Die geringe politische Bedeutung, die dieser Wahl im allgemeinen zugemessen wird, erleichtert es neofaschistischen Organisationen, ein unzufriedenes konservatives Wählerpotential anzusprechen: mit dem Argument es gäbe bei dieser Wahl keine verschenkte Stimme, versucht die DVU-Liste D ein Protestwählerpotential für sich zu mobilisieren.

5. Diese eher vordergründigen Argumente erhalten vor dem Hintergrund des angehenden EG-Binnenmarktes und der damit sich abzeichnenden Strukturbereinigung im EG Europa ein anderes politisches Gewicht.
   - Die sozialenProbleme in Europa werden sich voraussichtlich polarisieren und verschärfen. Es gibt bereits heute eine registrierte Arbeitslosigkeit in Europa von ca. 16 Millionen (ca. 11 %). Davon sind 8 Millionen Menschen Langzeitarbeitslose. 22 Prozent aller jungen Menschen in der EG unter 25 Jahren sind arbeitslos. Nach Schätzungen von Wirtschaftsinstituten können durch die Bildung des Binnesmarktes 1,7 Mill. neue Arbeitsplätze erwartet werden. Dem stünden aber vor allem an der Peripherie

des gemeinsamen Marktes die Vernichtung von ca. 3 Millionen Arbeitsplätzen gegenüber. Die Öffnung eines Binnenmarktes ist folglich begleitet von einem enormen Umwälzungs-, Konzentrations- und Strukturbereinigungsprozeß mit noch nicht absehbaren Folgen für Millionen Menschen.

- 1985 belief sich in den 10 Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft die Zahl der eingewanderten Personen — Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen — auf 12 - 13 Millionen. Etwa 3 - 4 Millionen EG Bürger lebten in einem anderen Land der Gemeinschaft als ihrem Heimatland, während fast 9 Millionen Personen aus Drittländern innerhalb der Gemeinschaft lebten. Diese Zahlen dürften sich 1986 mit dem Beitritt Spaniens und Portugals noch nach oben verändert haben. Das Europäische Parlament spricht in diesem Zusammenhang von einem „kulturellen Schock", mit dem Europa seit Beginn des Einigungsprozesses konfrontiert worden ist.
- Im Europarat, in der EG Kommission und im Europäischen Parlament werden politische Entscheidungen vorbereitet bzw. gefällt, deren Hintergründe wenig oder gar nicht nachvollzogen werden können. Diese Entscheidungen haben andererseits häufig tiefgreifende Auswirkungen bis in den kommunalen Bereich hinein (Beispiel: Steuerangleichungen).
- Mit der Einrichtung des EG Binnenmarktes und der damit einhergehenden Öffnung der Grenzen werden in den letzten Monaten verstärkt Fragen der Zusammenarbeit der Polizei im europäischen Maßstab diskutiert. Eine Verschärfung der Asylrechtsbestimmungen wird gefordert. Asylbewerber sollen schon an den europäischen Außengrenzen abgeschoben werden können. Damit wird gedanklich ein tiefgreifender Schritt zur Aushöhlung des Grundgesetzes vorbereitet.
- Im Zusammenhang mit den allgemein gewachsenen Chancen für neue Abrüstungsmaßnahmen werden Stimmen lauter, die eine mögliche Reduzierung amerikanischer Präsenz in Europa durch verstärkte europäische Rüstungskooperation und engere militärische Zusammenarbeit ausgleichen wollen. Die angebahnte engere Zusammenarbeit zwischen der französischen Armee und der Bundeswehr sind ein Beispiel für solche Bestrebungen.

6. Vor dem Hintergrund eines solchen Entwicklungsprozesses, der gekennzeichnet ist durch die Zuspitzung sozialer Konflikte, anwachsender allgemeiner Verunsicherung und Entdemokratiesierung besteht die Gefahr, daß mit dem von der DVU-Liste D anvisierten Einzug in das Europäische Parlament mehrere längerfristig wirkende negative Auswirkungen entstehen können.

- Erfolge von Neofaschisten aus der Bundesrepublik bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wären für Europa ein besonderes Alarmzeichen. Von deutschem Boden gingen in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege mit verheerenden Folgen für die Völker Europas aus. Der Faschismus verwüstete nicht nur ganz Europa sondern hatte auch verheerende Auswirkungen auf die weitere Entwicklung in anderen Kontinenten. Die vom Faschismus verbreiteten Greuel gegen alle Völker wirken bis heute nach.
- Allein schon die Kandidatur der DVU-Liste D und ihre rassistische nationalistische Propaganda im europäischen Wahlkampf führen zu einer Verschärfung des innenpolitischen Klimas. Diese These ist sehr plastisch nachvollziehbar anhand der Erfahrungen des Bremer Wahlkampfes. Das politische Klima in Bremen hat einen Bruch erfahren. Neofaschistische militante aggressive Kräfte werden sich in der Folge des massiven Auftretens der DVU-Liste D ermuntert fühlen und ihrerseits durch Terrorakte das politische Klima zuspitzen. Sie tragen damit wiederum zur Verunsicherung der Öffentlichkeit bei und stärken das Bedürfnis nach Recht und Ordnung.
- Ein Einzug in das Europäische Parlament hätte darüber hinaus für neofaschistische Kräfte in der Bundesrepublik die Bedeutung, daß sie auf einen Schlag eine übernationale Reputation erhalten würden. Damit wäre ein wichtiges Element — ihre Isolierung als neofaschistische Organisation — neutralisiert. Mit dieser Reputation wäre es neofaschistischen Kräften möglich, ungleich massiver und offiziell geläutert als nationale Kraft autorisierter in die folgenden Wahlkämpfe auf kommunaler-, Landes- und Bundesebene 1989 und 1990 aufzutreten. Es ist zu befürchten, daß ein Einzug neofaschistischer Kräfte aus der Bundesrepublik in das Europäische Parlament wesentliche Folgen für die gesamte Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland haben würde.
- Ein Einzug der DVU-Liste D in das Europäische Parlament könnte darüber hinaus eine Vorentscheidung über die weitere Entwicklung des neofaschistischen Lagers in der Bundesrepublik Deutschland sein. Mit solch einem Einzug könnte sich im Konkurrenzkampf der Kräfte rechts von der CDU / CSU die neofaschistische DVU-Liste D als zukünftige Leitorganisation herausschälen.

## Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit

**28. und 29. Januar 1989, voraussichtlich ab 11.00 Uhr: Bundesweite Aktionskonferenz in der Gesamtschule Ost, Waliser Str. Der Landesvorstand bittet alle Mitglieder im Rahmen ihrer Kräfte die Durchführung der Aktionskonferenz aktiv zu unterstützen. Hinweise gibt es sowohl in den Gruppen (siehe Terminkalender) als im Büro, Bgm. Deichmann-Str. 26**



7. Die demokratischen Bewegungen in der BRD stehen vor dem Problem, daß es seitens der Bewegungen sehr unterschiedliche Vorstellungen über Europa und ein sehr unterschiedlich ausgeprägtes Verhältnis zur EG gibt. Die Arbeiterbewegung stellt sich erst langsam auf diese neue Qualität der Anforderungen/Herausforderungen ein.

8. Diese unterschiedlichen Probleme ( Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament verdeutlichen, wie notwendig es ist, eine ausstrahlungsfähige Alternative gegen Militarismus, Nationalismus und Rassismus zu entwickeln. Ein zentrales Element für die weitergehende Ausstrahlung wird das gemeinsame Handeln aller antifaschistischen Kräfte sein. Bundesweite Aktionen, Aktionen auf kommunaler Ebene und Aktivitäten in Schule, Gemeinde und am Arbeitsplatz werden — sich gegenseitig ergänzend — mit über das zukünftige politische Klima in der Bundesrepublik entscheiden.

Die bundesweite Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus im Januar 1989 in Bremen sollte der Ort für die gemeinsame Beratung und Erarbeitung eines Aktionskonzeptes sein und als Einstieg für eine sich bundesweit herausbildende antifaschistische Bewegung genutzt werden.

*Volker Homburg*

# Diskussionsforum zu den Thesen der BAF-Redaktion

Zu den in BAF 11/88 veröffentlichten 10 Thesen der Redaktion gingen mehrere schriftliche Reaktionen ein von denen wir in dieser Ausgabe 3 veröffentlichen. Es sind die Stellungnahmen von Horst Hackenbroich (ehem. Buchenwald-Häftling und nach wie vor aktiv als VVN-Referent), von Ekkehard Lentz (Geschäftsführer der DFU, VVN-Mitglied seit 1976) und von Detlef Brandt (VVN-Unterkassierer in Bremen- Süd, aktiver Gewerkschafter).
Die BAF-Redaktion freut sich, daß die von ihr angeregte Diskussion innerhalb der Organisation aufgenommen worden ist. Wir hoffen jetzt, daß die bisher veröffentlichten Stellungnahmen auch die Diskussion in den einzelnen Gruppen befrüchten, damit die VVN-BdA ihre Landesdelegiertenkonferenz mit viel Optimismus entgegen sehen kann. Falls Leserinnen oder Leser an den Thesen interessiert sind, schicken wir sie gerne zu.

**Horst Hackenbroich**

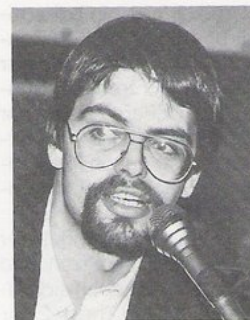


Wie ein antifaschistisches Bremen aussehen soll, darüber habe ich mir einige Gedanken gemacht:
Vor allen Dingen müssen wir in der Öffentlichkeit **noch** viel bekannter werden. Dazu gehört auch, daß wir die Tagespresse und u.a. den Bremer Anzeiger von unseren Aktivitäten, z.B. Landesvorstandssitzungen, Konferenzen, Seminaren und anderen wichtigen Ereignissen informieren. Andere Vereinigungen und Vereine machen das doch auch. Ihre Existenz und ihre Bedeutung wird somit gewissermaßen im Bewußtsein der Bevölkerung „verankert". Zudem gibt es im Weser Kurier eine Rubrik „Tips-Termine-Treffpunkte". Hier können in der Spalte „Vereine und Verbände" regelmäßig unsere Termine für die MV's und sonstige Veranstaltungen veröffentlicht werden, genau wie im BAF.

Unser Bündnis mit anderen demokratischen Organisationen muß weiterhin gefestigt und ausgebaut werden. Die Bewegung „Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus" hat u.a. gezeigt, daß es durchaus möglich und erstrebenswert ist, eine breite solidarische Front zu bilden, die in der Lage ist, den Neofaschismus erfolgreich zu bekämpfen und die Realisierung des Artikel 139 GG und damit das Verbot sämtlicher Nachfolgeorganisationen der NSDAP, SA, SS usw. und deren Presse, Literatur und Embleme zu erzwingen. Sind diese oben aufgeführten Bedingungen erfüllt, ergibt sich beiläufig auch die Beantwortung der Frage, wie ein antifaschistisches Bremen auszusehen hat. Dann wird nämlich ein antifaschistisches Bremen so aussehen, daß neofaschistische und andere rechtsradikale Elemente hier keine Möglichkeiten mehr haben, ihr faschistisches und ausländerfeindliches Gedankengut zu verbreiten.

Die VVN-BdA hat sich seit der Zeit ihres Bestehens trotz übler Verleumdungen und Unterstellungen und Behinderungen, auch seitens der Regierungen und des „Verfassungsschutzes", ein hohes Maß an Achtung und Respekt in der Bevölkerung erworben.
Seit der Erweiterung der VVN zur breiteren Öffentlichkeit (BdA), wurden viele neue junge Mitglieder und Mitgliederinnen gewonnen, die in dem Maße zu Multiplikatoren werden, indem die verantwortlichen Kameraden es verstehen, diese jungen Menschen durch Schulung zu Mitstreitern und Mitstreiterinnen für unsere gute Sache zu motivieren und zu festigen. Schon jetzt können wir feststellen, daß viel mehr Bürger und Bürgerinnen in punkto Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit sensibler und betroffener sind, als in den vergangenen Jahren. Das hat sich vor allen Dingen in den letzten Tagen und Wochen zum 9. November dieses Jahres bemerkbar gemacht. Wenn im gesamten Bundesgebiet unzählige Gedenkveranstaltungen, antifaschistische Schul-Projekttage und kirchliche Veranstaltungen durchgeführt wurden, wobei sämtliche Referenten der VVN-BdA mehr als ausgebucht waren, so ist das nicht zuletzt dem Wirken und dem Ansehen der VVN-BdA zu verdanken, die auch in Bremen zu einer wichtigen Initiatorin und Bündnispartnerin im Kampf gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit geworden ist.
Jetzt ist es unsere wichtigste Aufgabe, den Anschluß an die Aktivitäten in den Novemberwochen zu finden und unsere Erfahrungen und Erkenntnisse daraus in weitere Aktionen umzumünzen. — Der Realisierung eines antifaschistischen Bremens kommen wir somit näher!

**Ekkehard Lentz**



Vollkommen zu Recht sprecht ihr in These 1 zu Beginn die Umbruchperiode an. In rund 4000 Tagen geht das 2. Jahrtausend zu Ende und das 3. Jahrtausend beginnt. Die verbleibenden 11 Jahre werden entscheidend sein, ob wir und unsere Nachkommen das neue Jahrtausend er- und überleben oder nicht. Wir stehen vor Herausforderungen in neuen Dimensionen. Die Anzahl der globalen Probleme mit tendenziell gattungsbedrohendem Charakter wächst. Zu den „klassischen" globalen Problemen Frieden und Entwicklung sind in den letzten Jahren die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltzerstörung, die Massenarbeitslosigkeit oder auch das Energieproblem gekommen. All diese Probleme verschärfen sich. Die Zuspitzung auf die Alternative: Gemeinsamer Untergang oder gemeinsame Öffnung von Wegen zu einer globalen Anstrengung für eine humane, solidarische Lösung der Probleme. Die neuen Fragen und probleme verlangen nach neuen Antworten, nach neuem Denken und neuem Handeln. Dieser Aufgabe stellen sich z. Z. auf der Linken viele Organisationen, in dem sie ihr Handeln neu durchdenken und Antworten entwickeln. Die Thesen der BAF-Redaktion verstehe ich als einen Beitrag in diesem Prozeß, der nötig ist, aber kompliziert und (meistens) ungeheuer spannend.

Am 25.11.88 war in der DVZ / Tat ein Artikel mit der Überschrift „Anti allein genügt nicht" überschrieben, der sich damit beschäftigte, wie sich demokratische, antifaschistische Organisationen mit Rechtsradikalismus/Neonazismus bei Jugendlichen auseinandersetzen sollen. Die Aussage in der Überschrift läßt sich verallgemeinern und auf die Arbeit der VVN insgesamt beziehen. Die eindrucksvollen Veranstaltungen — vom 8. Mai 1985 beginnend bis zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht — in Bremen und der Bundesrepublik haben gezeigt, daß der Antifaschismus zu einer anerkannten Größe in dieser Gesellschaft geworden ist. Ein antifaschistischer Grundkonsens wird nicht mehr nur von Sozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern inzwischen weit darüber hinausgehend von Kräften bis ins konservative Lager hinein getragen. Das ist ein großer Erfolg, dessen Grundlage u.a. in einem beträchtli-

chen Abbau antikommunistischer Feindbilder und nicht zuletzt auch in beharrlicher VVN-Arbeit begründet ist. Ein Bundestagspräsident mußte gehen, weil er sich in seiner Pogromnachtrede im Bundestag als unfähig zu trauern erwies. Vor wenigen Jahren noch wäre das undenkbar gewesen. Denken wir nur an ehemalige Nazis in unserem Staat, die z.T. führende Positionen innehatten.

Die gesellschaftlichen Bedingungen für antifaschistische Arbeit im ganzen und für die VVN im besonderen haben sich also gewandelt. So heißt es in These 2 der BAF-Redaktion: „Das jahrzehntelange Denk- und Aufklärungstabu über Faschismus und Widerstand ist gebrochen. Die Veranstaltungen anläßlich des 9. November sind ein vielfaches Beispiel dafür. Not und Elend, Leiden und Hoffen der Opfer werden thematisiert. Die Verbrechen, die Täter, die Tathintergründe und Ursachen werden aufgezeigt..." Aber! Gerade weil Antifaschismus einen neuen, einen anderen Stellenwert erreicht hat, stellt sich erst recht die Frage: Wie weiter in der antifaschistischen Bewegung? Wie weiter in der VVN?

Da geht es den Antifaschisten ähnlich wie der Friedensbewegung und der DFU. Als vor einem Jahr beide Großmächte den INF-Vertrag unterzeichneten, waren die Hoffnungen auf weitere Abrüstung groß. Durch die neue Qualität der Beziehungen zwischen USA und Sowjetunion schien eine rasche Folge weiterer Verträge greifbar nahe, z.B. das Verbot aller chemischen Waffen und die 50%ige Reduzierung der strategischen Waffen. Im öffentlichen Bewußtsein hat sich dieser Abrüstungsprozeß tatsächlich entwickelt. Die alten Bedrohungsbilder sind am zerbrechen. Dadurch werden Chancen zur Abrüstung sichtbar. Oder um es mit der FAZ zu sagen:

*„Die De-Legitimierung der Kernwaffen ist in der Bundesrepublik am weitesten fortgeschritten, in Frankreich am geringsten; Amerika und Großbritannien liegen dazwischen. In der Bundesrepublik sind jetzt auch konventionelle Waffen davon betroffen, wie besonders der Verlauf der Tiefflug-Debatte zeigt. Jetzt droht der Konsens über jegliche Verteidigung zusammenzubrechen. Käme es dazu, müßte es die Allianz zerstören. Die Lage verlangt nach politischer Führung und nach einem nicht notwendigerweise „neuen" aber tieferen Denken über Waffen, Friedenskunst und die Ethik der Abschreckung."*
*(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.11.1988)*

An der Entwicklung von Abrüstungsbewußtsein, das die FAZ so sorgt und dem die Herrschenden Rechnung tragen müssen, hat die Friedensbewegung großen Anteil. Aber ihre Erfolge haben nicht zu einem (quantitativen) Anwachsen der Bewegung geführt, die großen — auch emotionalen — Erlebnisse auf Friedenskundgebungen Anfang der 80er Jahre haben sich nicht wiederholt. Vielmehr blieben zum zweiten Mal nach der Raketenstationierung von 1983 viele Bewegte zuhause, weil nach dem INF-Vertrag die Abrüstung nun ganz von alleine zu laufen und die eigene Friedensarbeit nicht mehr so wichtig erschien. Als ich Anfang August '88 mit Schrotteilen einer SS-12-Rakete aus Kasachstan zurückkehrte, freuten sich viele mit mir und stellten fest: es hat sich gelohnt. Aber reicht dies aus? Nein, sonst überholt uns die Realität: Im wesentlichen Militärapparat und den NATO-Regierungen hat sich außer der Rhetorik kaum etwas verändert. Sie spielen auf Zeit. Keine (weitere) Rüstungsmaßnahme ist seit dem INF-Vertrag gestoppt, kein Truppenverband abgebaut. Selbst die Atomsprengköpfe der zerstörten Mittelstrekkenraketen sollen auf andere Raketen wieder angeschraubt werden. Als wäre nichts geschehen, werden in allen Bereichen immer neue Modernisierungsprogramme geplant und mit ihrer Durchführung begonnen. („Zweite Nachrüstung„). Neue Rüstungsprojekte werden nicht zuletzt von der Bundesregierung geplant wie z.B. der Jäger 90.

Die Arbeit der Friedensbewegung dürfte also auf längere Sicht von zwei Dingen geprägt sein: die laufenden Rüstungs- bzw. Abrüstungsprozesse durch politischen Druck kontrollierend, kritisierend, befördernd zu begleiten **und** für die Durchsetzung einer friedenspolitischen **Alternative zu kämpfen.**

Noch ist es der Friedensbewegung nicht gelungen, mit positiven Forderungen, mit Visionen aber auch mit realisierbaren Alternativen in die politische Offensive zu kommen. Der Weg von der Anti-Raketen-Bewegung zur Pro-Abrüstungs-Bewegung kann nicht allein von einzelnen Organisationen geleistet werden. Gerade die Vielfalt, die mosaikhafte Zusammensetzung aus örtlichen und berufsbezogenen, aus pazifistischen und christlichen Komponenten, hat sich als Stärke der Friedensbewegung erwiesen. Dies hat Vorbildfunktion für andere demokratische Bewegungen. Im Bündnis müssen auch in Zukunft die Voraussetzungen für erneute Kampagne-Fähigkeit gewonnen werden: Kompetenz und Vertrauen. Denn Bündnis heißt Zusammenkommen, Austauschen und Zusammenwirken: unterschiedliche politische Meinungen und Vorstellungen werden ausgetragen und ausgehalten.

Auf die VVN-Arbeit bezogen heißt das m.E.: Antifaschismus heute muß Teil einer Pro-Demokratie-Bewegung sein. Dabei geht es zunächst selbstverständlich — gerade angesichts jüngster Wahlerfolge — um die Abwehr neonazistischer und neofaschistischer Tendenzen. Aber auch das weitere Umfeld des „Rechtsextremismus„ einschließlich dem gesellschaftlichen Nährboden sind Themenfelder, die heute angepackt werden müssen: Trotz ihrer Wahlerfolge sind neonazistische Organisationen und Parteien (noch) Randerscheinungen. Das Hauptproblem sehe ich darin, daß die politischen Orientierungsmuster (Demokratieabbau = „klare Verhältnisse", Ausländerdiskriminierung/ Fremdenhaß/, . ..) angesichts von 2 - 3 Millionen Arbeitslosen, einer zunehmenden Anonymisierung, Individualisierung und Perspektivlosigkeit unserer Gesellschaft sehr viel größere Akzeptanz erfahren. „Anders gewendet: autoritär-faschistoide, zumindest aber intolerant-nationalistische Verhaltens- und Denkstrukturen finden sich zunehmend auch in sozialakzeptierten Gruppen" (Martin Stadelmeier, Volkszeitung, 25.11.88).

Diese Themenfelder erfordern Antworten,hier bieten sich in Bündnissen wie den „Bremerinnen und Bremern gegen Neofaschismus" Möglichkeiten zu kompetenten Aussagen, die über holzschnitthafte plakative Forderungen hinausgehen. Eine wichtige Etappe dabei ist die Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus am 28./29 Januar '88 in Bremen. Hierzu einige Beispiele:

1. In Europa vollziehen sich die Trennlinien zwischen dem Konzept einer neu westeuropäischen ökonomischen, politischen und insbesondere militärischen Integration (siehe Binnenmarkt und Militärachse Bonn-Paris-London) und dem Konzept eines gemeinsamen europäischen Hauses. Welchen Beitrag leisten wir, den neuen Militärblöcken und Großmachtambitionen eine Absage zu erteilen und zur Idee eines gemeinsamen Hauses Europas?

2. Beispiel von mir als Fußballfan, der auch mal gern ins Weserstadion geht: wo beginnt ein Fußballfanclub über ein bestimmtes Gehabe hinaus tatsächlich neofaschistisch zu werden? Eine Frage, die Soziologen, Pädagogen, Sportwissenschaftler, Juristen und Antifaschisten nur gemeinsam beantworten können.

3. Ausländergesetze: Inwieweit werden rassistische Vorurteile geschürt, um restriktive Gesetze durchzupauken? W beteiligt sich an solchen Kampagnen? Stehen hinter der neuesten Variante der Ausländerfeindlichkeit, der Bevorzugung von Aussiedlern „deutscher Abstammung" gegenüber Gastarbeitern und Asylsuchenden, nicht gleich mehrere Rassismus-Varianten?

4. Ein weiteres Beispiel: die sogenannten Sicherheitsgesetze. Hier kann gerade die VVN Zensur-Stellungnahmen von Journalistenorganisationen sowie die Arbeit von Bürgerrechtsbewegungen mit konkreten Erfahrungen ihrer älteren Kameraden mit einem Repressionsapparat flankieren.

Gelegenheiten dafür gibt es 1989 genug: 40. Geburtstag Grundgesetz, 50. Jahrestag des 2. Weltkrieges, etc.

In den letzten Monaten hat sich die VVN — soweit das von außen zu beurteilen war — fast mit ihrer gesamten Kraft in die Aktivitäten zum 9.11. und in die Entwicklung und Stabilisierung der antifaschitischen Bewegung „B + B gegen Neofaschismus" eingebracht. Dadurch fehlte — wie die Thesen der BAF-Redaktion aussagen —

die Kraft zur inhaltlichen und organisatorischen Stärkung und Weiterentwicklung der eigenen Organisation. Die Schwierigkeit, vor der die VVN (wie andere Bündnisorganisationen auch) steht, erklärt sich aus der Notwendigkeit, daß ein stärkeres Gewicht auf die eigene Entwicklung gelegt werden soll/muß, **ohne daß allerdings die Bündnisverpflichtungen entfallen.** Wie ist das zu schaffen? Die VVN-BdA sollte ihr spezifisches Profil deutlicher herausarbeiten:

- inhaltlich-programmatisch weitergehend als Initiativen und Bündnisse,
- zugleich organisatorisch und programmatisch weniger festgelegt als z.B. Parteien,
- Orientierung auf Bündnisse durch (bewährte) politische Grundpositionen **und** Offenheit für die neue Fragestellungen der Umbruchperiode.
- in der Arbeitsweise Einstellung auf äußerst differenzierte Bedürfnisse der bereits vorhandenen, arbeitsbereiten und arbeitswilligen, wie der potentiellen Mitglieder.
- beispielhafte Aktionstätigkeit und -orientierung, die auch deutlich macht, daß nicht nur geredet sondern auch gehandelt wird.

Sicher nur allgemeine Konsequenzen; die eigenen Erfahrungen sagen mir aber, daß das Spannungsverhältnis zwischen Bündnisorientierung und Stärkung der VVN nicht zu beseitigen ist. Es sollten sich alle bemühen, dieses möglichst produktiv und solidarisch zu nutzen. Ein professionelleres und rationelleres Arbeiten kann dabei sicher oft helfen.

„Aus der Vergangenheit lernen" heißt nicht nur, vor bloßer Geschichtswiederholung zu warnen. Beitrag der VVN kann vielmehr u.a. darin bestehen, eigene historische Erfahrungen nutzbar zu machen, um gemeinsam mit anderen Lehren für die Zukunft zu ziehen, konkret, um Alternativen zur konservativen Wendepolitik aufzuzeigen: Abrüstung, Senkung des Rüstungshaushalts, soziale Gerechtigkeit, ökologiche Erneuerung bei uns und anderswo, Lösung der Erwerbslosigkeit und weiterer sozialer Probleme. Bei diesen Themenfeldern wäre Bündelung und politischer Druck auf die Bundesregierung und die Parteien möglich, konkret und längst überfällig. Neue Bündnismöglichkeiten wären zu erschließen. Das könnte uns schließlich mit zu dem hinführen was in der einen oder anderen Form eh ansteht: eine neue „außerparlamentarische (Gesamt) Opposition", in der die verschiedenen Bewegungen einschließlich der Gewerkschaften ihre Anliegen bündeln und in einen größeren Kontext der unerläßlichen gesellschaftlichen Erneuerung stellen." (Mechthild Jansen auf dem 7. Krefelder Forum, 22.10.88) Noch ein schöner Traum, ich weiß. Aber auch dieser Aufgabe müssen sich alle progressiven Bewegungen und Vereinigungen gemeinsam stellen, um auf lange Sicht eine politikfähige Alternative zu entwickeln. Euren/unseren Diskussionen viel Erfolg!

**Detlef Brandt**

Wenn wir von folgender Mitgliederstruktur der VVN ausgehen:

- das Durchschnittsalter wird immer niedriger
- immer mehr jüngere KameradInnen kommen zu uns
- viele sind aus politischer Solidarität Mitglied und in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und anderen Organisationen aktiv.

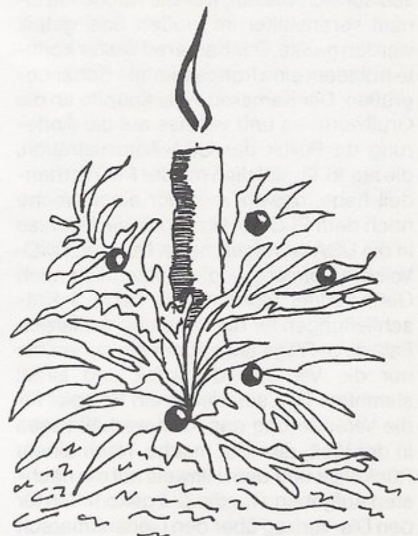
Diese Struktur wurde in den Thesen dargestellt und stimmt mit meiner Erfahrung als Jungkassierer überein. Daraus ergeben sich meiner Meinung nach folgende inhaltliche Schwerpunkte.

Zum einen hat die VVN die Aufgabe, das Wissen und die Erfahrungen unserer älteren KameradInnen für die Zukunft und damit für die Jugend festzuhalten und der Nachwelt zu vermitteln. Dieses könnte in Form von Interviews und Video-Filmen aber auch durch Foto- und Plakatausstellungen geschehen. Da auch insbesondere die jüngere Generation keinen Bock darauf hat nur zu diskutieren wäre dies eine gute Möglichkeit die Jugend aktiv zu beteiligen. Aus eigener Erfahrung halte ich die antifaschistischen Stadtrundgänge oder auch -fahrten für eine sehr eindrucksvolle Methode antifaschistisches Bewußtsein zu verbreitern, deshalb meine ich, daß auch hier ein Schwerpunkt liegen muß.

Zum anderen müßen wir den KameradInnen die in den vielen anderen Organisationen aktiv sind, die Möglichkeit geben Antifaschismus noch stärker auch dort zum Thema zu machen. Dieses geht aber nur mit einem fundierten theoretischen Grundwissen das die VVN vermitteln muß. Dieses bedeutet, daß alle Mittel und Methoden die wir zur Verfügung haben eingesetzt werden. Insbesondere sind dies meiner Meinung nach die Gruppen-Abende, der BAF aber auch Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen.

Zum dritten sind wir aufgefordert in der Öffentlichkeit durch Aktionen und Gedenkveranstaltungen gerade auch in Form von Bündnissen immer wieder deutlich zu machen, daß es auch ein großes antifaschistisches Bremen gab und gibt.

Zum Schluß noch ein paar Sätze zur Situation hier im Bremer Süden. Ich denke die VVN kann es sich nicht leisten, daß hier keine aktive Gruppenarbeit existiert. Es muß meiner Meinung nach ein Schwerpunkt des Landesvorstandes sein, Gruppen aufzubauen und zu unterstützen. Das die Gruppe Süd jetzt den Westlern zugeschlagen wurde ist zwar besser als nichts, kann aber nicht ein Dauerzustand bleiben. Ich vermisse hier ganz konkrete Aktivitäten des Landesvorstandes um einen Gruppenaufbau zu unterstützen. Ich hoffe aber das nicht auch zuletzt die Diskussion über die Thesen uns helfen kann im Frühjahr nächsten Jahres wieder eine funktionierende Gruppe zu haben.



## Geburtstagsgrüße

*Nachträglich gratulieren wir allen unseren Kameradinnen und Kameraden, die ihren Geburtstag im Dezember 1988 gefeiert haben und im BAF 12/88 bedauerlicherweise keinen schriftlichen Blumenstrauß bekommen haben:*

| | |
|---|---|
| Henning Harmsen | 1.12., 63 Jahre |
| Emmi Matey | 2.12., 77 Jahre |
| Anneliese Gumpert | 3.12., 66 Jahre |
| Waltraud Drygala | 3.12., 62 Jahre |
| Friedrich Meyer | 4.12., 84 Jahre |
| Georg Kusche | 6.12., 86 Jahre |
| Antonie Reinecke | 8.12., 84 Jahre |
| Kurt Kirchhoff | 8.12., 60 Jahre |
| Ludwig Baumann | 13.12., 67 Jahre |
| Alfred Matys | 16.12., 86 Jahre |
| Paul Beermann | 22.12., 88 Jahre |
| Ernst Niehoff | 24.12., 79 Jahre |
| Lorenz Schreimel | 26.12., 74 Jahre |
| Walter Federmann | 26.12., 65 Jahre |

*Gleich zu Anfang eines neues Jahres senden wir herzliche Glückwünsche und Gesundheit all denen, die im Januar geboren wurden:*

| | |
|---|---|
| Arthur Reinecke | 3.1., 90 Jahre |
| Helma Klems | 3.1., 61 Jahre |
| Frieda Giese | 4.1., 75 Jahre |
| Lina Schwartz | 5.1., 83 Jahre |
| Hans Mayer | 9.1., 76 Jahre |
| Karl Weidner | 10.1., 78 Jahre |
| Fritz Franz | 17.1., 78 Jahre |
| Heinrich Kampen | 19.1., 91 Jahre |

## Ein guter Abschluß: 500,– DM für Armenien

In diesem Jahr hatte die Gruppe Bremen-West die Jahresabschlußfeier vorsorglich in die Tagesstätte Haverkamp verlegt. Daß das nötig war, bestätigte der Besuch: Über 35 Kameradinnen und Kameraden, darunter einige aus dem Stadtbereich, waren der Einladung gefolgt. Die Tische waren reichlich gedeckt, nur der Kaffee ließ auf sich warten, weil die Küche mit einem Veranstalter im großen Saal geteilt werden mußte. Der Kamerad Walter konnte trotzdem eine frohgestimmte Schar begrüßen. Der Kamerad Willy knüpfte an die Grußworte an und verwies auf die Änderung de Politik der USA-Administration, die am 16.12. plötzlich mit der PLO verhandelt habe, obwohl man vor einer Woche noch dem PLO-Vorsitzenden die Einreise in die USA veweigert habe. Nun, die UNO-Vollversammlung – die bekanntlich nach Genf verlegt worden war, habe 5 Entschließungen für die Regelung der Israel-Palästina-Frage angenommen, gegen die nur die Vertreter der USA und Israel stimmten. Das sei wieder ein Beispiel für die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt, das Mut mache. Nach einem Rückblick und dem Hinweis auf die nächsten Aufgaben, war die Zeit gekommen für den Dia-Vortrag über den Gedenkmarsch vom 10. November '88. Mit vereinten Kräften bediente der Kamerad Peter die Kamera und die Kameradin Susanne erläuterte die Bilder. So wurde ein guter Eindruck von diesem Gedenktag vermittelt. Das Motto des Gedenkmarsches: „Wir gingen durch eine schweigende Stadt" ist auch der Titel des Dia-Vortrages. Dieser nachvollzogene Marsch der Männer jüdischen Glaubens vom 10.11.38 vom „Alten Gymnasium" zum „Zuchthaus Oslebshausen" habe seine Einmaligkeit nicht nur durch die Teilnahme von über 5000 Schülerinnen und Schülern erhalten, sondern auch von der Tatsache, daß der Gang vom Senator H.W. Franke eröffnet und vom Senator V. Kröning abgeschlossen wurde.

Die Bilder zeigten die Brennpunkte, an denen im Verlaufe des Ganges angehalten und gesprochen worden ist. Dabei ergänzten die älteren Kameraden und Kameradinnen mit ihren Erinnerungen die Darstellung der Kameradin Susanne. Nach diesem Vortrag gab es natürlich noch viel zu erzählen. Bei Kaffee und Kuchen, Nüsse knacken und naschen von den bunten Tellern verging die Zeit wie im Fluge. Dabei machte auch ein kleines Körbchen die Runde, für eine kleine Spende zur Deckung der Kosten. Da die Sammlung mehr ergab, als nötig war, wurde spontan vorgeschlagen, den Betrag für Armenien zu spenden. Da wurde noch einmal in die Geldbörse gegriffen, bis 500,– DM voll waren. Diese spontane Aktion hob die Stimmung. Und in dem allgemeinen Aufbruch wurde immer wieder erklärt: Das war ein guter Abschluß, mit einem herzlichen Dank an alle Spender.

*T.H.*

## TERMINE:

### Bremen-Ost

25. Januar 1989 Mitgliederversammlung 19.30 Uhr Bürgerhaus Weserterrassen Thema: „Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus am 28./29. Januar"

Während der M.V. soll die Konferenz inhaltlich und organisatorisch vorbereitet werden. Die M.V. selbst soll kurzgehalten werden. Alle, die an der Konferenz helfend teilnehmen können, werden gebeten zur M.V. zu kommen.

### Bremen-Nord

22. Januar 1989, 10.00 Uhr, im Bürgerhaus Vegesack: Familienfrühstück des ausländisch-deutschen Gesprächskreises

11. Januar 1989, 20.00 Uhr, Gustav-Heinemann-Bürgerhaus: Mitgliederversammlung zur Vorbereitung der Jahreshauptversammlung

19. Januar 1989, 18.00 Uhr, Lidice Haus, auf dem hohen Ufer 124, Bremen-St. Magnus, Seminarraum 1

**Bitte den geänderten Termin beachten!**
Tagesordnung und Diskussionsvorlagen werden kurz vorher zugeschickt.

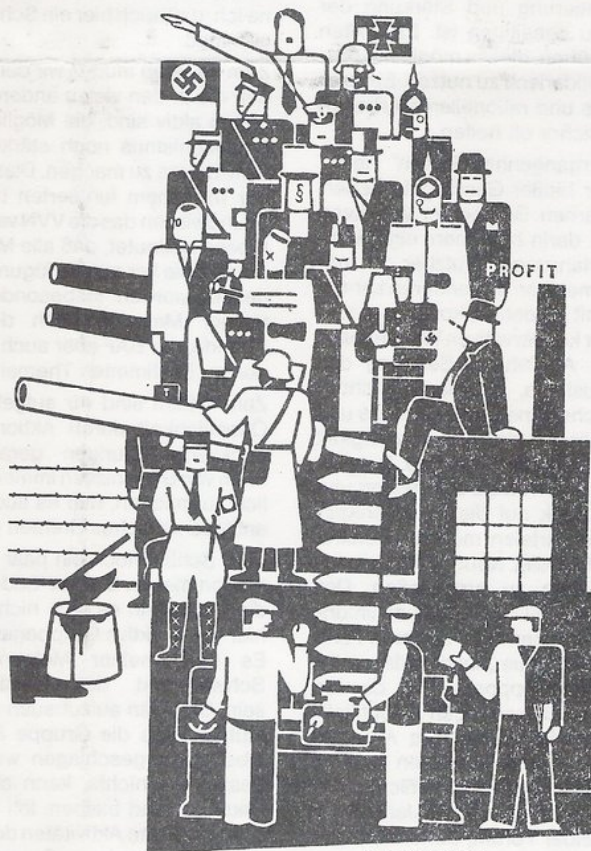
### Bremen-West

9.1.89, 20.00 Uhr, im Büro Bgm-Deichmann-Str.26: Erweiterte Vorstandstagung, Diskussion zu den Thesen der BAF-Redaktion, Aktionskonferenz

16.1.89, 20.00 Uhr, Büro Bgm-Deichmann-Str.26: Mitgliederversammlung zur Vorbereitung der Aktionskonferenz

### Singekreis Hermann-Böse

Am 5.1., 19.1. und am 2.2.89 trifft sich der Singekreis jeweils um 18.30 Uhr im Büro Bgm.-Deichmann-Str. 26



G. ARNTZ ('34)